



## Kinderehen

Ein Verbot von Kinderehen forderte die FPÖ - mehrheitlich abgelehnt. S.2



## Schächten: „JA“ zum Tierleid

„Schächten - Nein, danke!, so lautete ein Antrag der FPÖ, der ein generelles Schächtverbot zum Inhalt hatte. Abgelehnt von ÖVP und SPÖ, die Tierfolter geht weiter. .. S.2

# Wir NIEDERÖSTERREICHER



Zugestellt durch Post.at

Klubinfo | November 2016

NACHRICHTEN AUS DEM FREIHEITLICHEN KLUB IM NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDTAG

## FPÖ NÖ: Mindestsicherung nur noch für die Österreicher!

Die Bedarfsorientierte Mindestsicherung muss künftig Menschen vorbehalten sein, die für den Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen - Eigener „Asyl-Topf“ für Zuwanderer...

Die Mittel der Bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS) werden mehr und mehr zweckfremdet, die Kosten explodieren. Anstatt jenen Menschen vorbehalten zu sein, die dem Arbeitsmarktservice zur Vermittlung zur Verfügung stehen, fließen Millionen und Abermillionen in die Brieftaschen der Zuwanderer. Für sie muss ein eigener „Asyl-Topf“ geschaffen werden, während die BMS nur noch Österreichern vorbehalten bleibt.

Die finanziellen Zuwendungen für Zuwanderer in Niederösterreich schlagen sich mittlerweile massiv zu Buche: So werden im Haushaltsvoranschlag 2017 bereits 95 Millionen Euro budgetiert, 45 Millionen Euro davon bereits an Asylberechtigte ausbezahlt. Schlägt man die Kosten für das laufende



► GOTTFRIED WALDHÄUSL: Reform bei der Mindestsicherung ist ein Gebot der Stunde!

Weitere Informationen zu diesem aktuellen Thema finden Sie auf Seite 3.



### Schulerhalt

Den Erhalt der LFS Tulln forderte die FPÖ - abgelehnt. S.2



### Abfuhr für die Bauern

Mit vier Anträgen wollte die FPÖ NÖ den Bauern das (Über)Leben erleichtern - mehrheitlich abgelehnt. S.2

## Kurz gesagt...

### ÖVP, SPÖ und Grüne FÜR (!) Kinderehen!

„Mit der anhaltenden Einwanderung werden auch die meist bereits im Ausland geschlossenen Kinderehen in unserem Land zum großen Problem“, so FPÖ-Klubobmann Gottfried Waldhäusl. „Den viel zu jungen Ehefrauen wird jedes Selbstbestimmungsrecht genommen, sie bekommen als Kind selbst ein Kind und haben eine Schule noch nie von innen gesehen!“ Aus diesen Gründen forderte die FPÖ ein Verbot der Kinderehen: Jede Heirat, die ohne Standesamt geschlossen wird, muss rechtswidrig sein, diese kriminellen Zuwanderer müssen abgeschoben werden. Waldhäusl: „Eine Schande, unser Antrag wurde von ÖVP, SPÖ und Grünen abgelehnt!“

### ÖVP und SPÖ gegen Erhalt von LFS Tulln

„Die ÖVP befindet sich auf einem Horrortrip! Erst schließt man Polizeistationen, dann Geburtenabteilungen und jetzt Schulen“, kritisiert FPÖ-Klubobmann Gottfried Waldhäusl. „Die Rede ist von der beliebten landwirtschaftlichen Fachschule Tulln, die überdurchschnittlich belegt ist und eine optimale Basis für eine weiterführende Ausbildung bietet! Unter dem Deckmantel einer „Neuordnung der gewerblichen und landwirtschaftlichen Schulen rationalisieren die Schwarzen eine Top-Ausbildungsstätte weg, deren Abendkurse und Seminare noch dazu jährlich von über 10.000 Menschen besucht werden.“ In einer namentlichen Abstimmung sprachen sich letztlich 37 Mandatare von ÖVP und SPÖ gegen den von der FPÖ geforderten Erhalt der LFS Tulln aus!

[Rede Klubobmann Waldhäusl](#)

# Stoppt Tierleid und Todesfolter!



► **FPÖ-KAMPAGNE:** Tausende Menschen sprachen sich bereits gegen das Schächten aus!

## Schächten: Grausame Tierfolter verbieten!

**FPÖ-Antrag von allen Parteien abgelehnt! Entsetzen in den Reihen der freiheitlichen Landtagsabgeordneten: ÖVP und SPÖ stimmten ungeniert gegen ein generelles Schächtverbot und bieten brutalen Tiermördern weiterhin freie Bahn.**

„Schächten ist eine abartige Todesfolter, bei der Tiere oft elendiglich zu Grunde gehen“, erklärt Tierschutzsprecher LABg. Udo Landabauer. Darunter versteht man das rituelle Ausbluten lassen von Tieren aus religiösen Gründen. Mittels eines speziellen Messers wird ein Tier mit einem großen Schnitt quer durch die Halsunterseite getötet. „Es kann nicht sein, dass Tiere unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit auf diese bru-

tale Weise getötet werden. Zuwanderer haben sich unserem Werte- und Kultursystem anzupassen!“, so Landbauer in seiner Rede. „Tierschutz liegt uns am Herzen und es darf nicht sein, dass die Tiere auch künftig in jedem Hinterhof und auf jeder x-beliebigen Weide einfach brutal getötet werden dürfen!“ Antrag abgelehnt...

[Rede LABg. Landbauer](#)

## Nein zu Hilfe für Bauern

**Unsere Landwirte kämpfen das vierte Jahr in Serie um jeden Cent, der „Arbeitsplatz Bauernhof“ ist mehr und mehr in Gefahr. Die FPÖ NÖ startete eine landesweite Kampagne und brachte vier Anträge im Landtag ein.**

Gab es 1990 noch 70.000 landwirtschaftliche Betriebe in NÖ, so sind es jetzt nur noch knapp 40.000. „Kein Wunder, die Bauern wurden von EU und Bundesregierung längst fallen gelassen“, so FPÖ-Klubobmann Gottfried Waldhäusl. „Die Landwirte brauchen dringend Unterstützung!“

„Faire und garantierte Erzeugerpreise für Landwirte“, „Überlebenspaket für unsere Bauern“, „Wiedereinführung der Mutterkuhprämie“ und „Strukturreform der NÖ Landwirtschaftskammer“ - so lauteten die vier Anträge der FPÖ Niederösterreich, die im November-Landtag abgestimmt wurden. Waldhäusl: „Wie befürchtet, hat die ÖVP jede Initiative abgelehnt. Die schwarze Fraktion sollte sich schämen!“

[Rede Klubobmann Waldhäusl](#)  
[Rede LABg. Ing. Huber](#)



# BMS nur Anschub für die Arbeitsplatzsuche!

Jahr noch dazu, benötigt Niederösterreich in diesen beiden Jahren bereits über 80 Millionen Euro aus dem Titel der Mindestsicherung für asylberechtigte Menschen. Und: Über 50 Millionen davon werden von 2015 bis 2017 den Gemeinden über die Sozialhilfeumlage abgezogen! „Das heißt, dass auch jeder einzelne Gemeindebürger über erhöhte Gebühren etc. gezwungen wird, seinen Obolus zu leisten. Die Freiheitlichen sprechen sich nun definitiv dafür aus, dass für Zuwanderer aus diesem Topf künftig kein Cent mehr ausbezahlt wird“, so FPÖ-Klubobmann Gottfried Waldhäusl.

Nachdem Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte auf Zeit in unserem Land verweilen und mittelfristig wieder in ihre Heimat zurückkehren sollen, ist eine Integration in den heimischen Arbeitsmarkt keinesfalls ein Thema. Deren Unterstützung muss daher weiterhin aus einem eigenen Topf in der Höhe der halben Mindestsicherung erfolgen. Alles andere widerspricht dem Ziel, die betroffenen Menschen nur für eine befristete Zeit im Land zu behalten.

Es ist daher seitens des Bundes ein eigener „Asyl-Topf“ einzurichten, aus dem künftig die Asylwerber sowie sämtliche Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte finanziell betreut werden. Die ausbezahlte Summe darf die Höhe der Grundversorgungskosten (420 Euro pro Monat) nicht übersteigen.

Waldhäusl: „Damit ist auch sichergestellt, dass künftig keine niederösterreichische Gemeinde mehr für die Aufwendungen der Asylkosten herangezogen werden kann. Der Topf muss ausschließlich aus Bundes- und EU-Mitteln gespeist werden, da die Länder und Gemeinden in keiner Weise bei den politischen Entscheidungen über Art bzw. Anzahl der aufzunehmenden Asylwerber eingebunden sind. Dies ist bekanntlich die alleinige Entscheidung des Bundes...“

[Rede Klubobmann Waldhäusl](#)  
[Rede LAbg. Landbauer](#)  
[Rede LAbg. Ing. Huber](#)



KO Gottfried WALDHÄUSL

## Gedanken des Klubobmanns

### EU und Bund sollen die Zeche zahlen

**ÖVP-Finanzchefin Miki-Leitner hat volle Arbeit geleistet: Ohne Mitsprache der Bevölkerung dürfen die Gemeinden mit Zuwanderern „zugepflastert“ werden und als Draufgabe dürfen die Kommunen auch noch Millionen für die Bedarfsorientierte Mindestsicherung zuschieben. Schluss damit!**

„Ich mach mir die Welt, wie sie mir gefällt...“ - frei nach diesem Motto beugt Miki-Leitner das Gesetz und kassiert von den Gemeinden Monat für Monat für die mit Zwang einquartierten Asylberechtigten ab. Die Kommunen sind oft gezwungen, Gebühren zu erhöhen, um die Kosten einigermaßen auszugleichen. Jeder einzelne Niederösterreicher zahlt somit die doppelte Zeche!

Das lässt sich relativ schnell ändern: Die Bedarfsorientierte Mindestsicherung gibt es nur noch für Österreicher, die ernsthaft auf Jobsuche sind. Die EU bzw. die Bundesregierung macht Mittel für Asylanten und subsidiär Schutzberechtigte frei, die aus einem völlig anderen Topf ausbezahlt werden. Denn: Asyl ist Schutz auf Zeit - und kein Ticket in den Arbeitsmarkt.



**NUR FÜR ÖSTERREICHER:** Mindestsicherung künftig nur noch für arbeitswillige Österreicher.

**Weitere Informationen aus dem NÖ Landtag:**  
Sitzung vom 17. November 2016